
FDP Neukirchen

FDP BEMÄNGELT FEHLENDE LÖSUNGEN FÜR SENIOREN BEIM INFEKTIONSSCHUTZ

05.01.2021

Neukirchen/Melsungen: Die FDP-Fraktionsvorsitzende im Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises Wiebke Knell fordert Sozialminister Klose auf, eine Lücke im Infektionsschutz für Senioren zu schließen. Wiebke Knell wurde von einem Seniorenheim im südlichen Schwalm-Eder-Kreis darüber informiert, dass eine Bewohnerin, die wegen einer Behandlung in ein Krankenhaus verlegt wurde, sich dort mit dem Covid-19 Virus infiziert hat. Trotz der Infektion sollte die Seniorin zurück in das infektionsfreie Seniorenheim verlegt werden. „So ein Vorgehen empfinde ich als hochgradig riskant“, so Knell. Lediglich das Auftreten von eindeutigen Krankheitssymptomen hat die Rückverlegung verhindert.

Laut dem Heimleiter verweigerte die Klinik die weitere Unterbringung der Seniorin, da nach der stationären Versorgung keine akute Behandlungsnotwendigkeit vorliegen würde. „Eine infizierte Person bewusst in ein Seniorenheim zurückzubringen, widerspricht allen Sicherheitsüberlegungen“, stellt Knell fest.

Auf der Suche nach einer Lösung des beschriebenen Dilemmas kam Knell zu dem Schluss, Sozialminister Klose aufzufordern, eine Lösung mit Reha-Kliniken zu finden, um infizierte - aber nicht akut behandlungsbedürftige - Personen bei Bedarf dort unterbringen zu können, bis ein ansteckungsfreier Gesundheitszustand erreicht ist. So könnten diese Einrichtungen, die wegen Corona weitestgehend leer stehen, einen wichtigen Beitrag leisten.

„In Anbetracht der relativ geringen zur Verfügung stehenden Impfdosen sollte jeder Kontakt zwischen Angehörigen der Risikogruppe 1 und infizierten Personen vermieden werden“, resümiert Knell. Der Schutz der Bevölkerung hat hierbei absolute Priorität für Knell, die auch im Hessischen Landtag vertreten ist.

„Es käme wohl auch niemand auf die Idee mit einer brennenden Zigarette in ein

Dynamitlager zu rennen“, ergänzt der FDP-Kreisvorsitzende Nils Weigand. „Eine rasche Regelung für die beschriebene Situation ist dringend geboten. Deswegen erwarten wir eine schnelle Reaktion des Sozialministers mit einer entsprechenden Anweisung an die örtlichen Gesundheitsämter. Eine kreisübergreifende Zusammenarbeit von entsprechenden Einrichtungen erscheint dringend geboten.“